aus unserem Archiv vom 26. Oktober 2006

Nicht noch mehr Verkehr

Von unserem Mitarbeiter
LUDWIG HOFF

TRIER-KÜRENZ. Die Sensation ist ausgeblieben: Der Ortsbeirat Kürenz hat auch in seiner jüngsten Sitzung den Bebauungsplan "BU 21 Petrisberg West" abgelehnt. Der Grund: Die Kommunalpolitiker sind nach wie vor der Meinung, die Stadtverwaltung müsse erst die bestehenden Verkehrsprobleme lösen, bevor sie durch die Genehmigung neuer Baugebiete zusätzlichen Verkehr schaffe.

Alles andere als eine Ablehnung des Bebauungsplans "BU 21 Petrisberg West – Neufassung des Aufstellungsbeschlusses" wäre einer kleinen Sensation gleichgekommen, sind die Positionen der im Rat vertretenen Parteien doch schon seit längerem unverrückbar festgezurrt. Nichts Neues gab es daher zu diesem Punkt bei der Ortsbeiratssitzung im Gasthaus Fischer in der Avelsbacher Straße: Acht Ratsmitglieder (UBM und Wählergemeinschaft lebenswertes Kürenz) stimmten gegen den erneuerten Aufstellungsbeschluss, die fünf Ratsmitglieder von CDU und SPD hingegen dafür.

"Klare Fronten", unbeweglich

So konnte Ortsvorsteher Karl Lübeck (UBM) denn auch zutreffender weise nach wie vor von "klaren Fronten" zu diesem Beratungspunkt sprechen – die sich nicht ein Jota bewegt haben in der jüngsten Zeit. Mit ihrem Nein seien die Ratsfrauen und -herren nicht generell gegen Bautätigkeit auf der Kürenzer Höhenlage, wohl aber dagegen, dass die bereits jetzt vorhandenen massiven Verkehrsprobleme mit täglich weit über 20 000 Fahrzeugen links liegen gelassen und nicht angegangen würden, sagte Lübeck. Der Bebauungsplan umfasst eine Bruttofläche von zirka vier Hektar und soll weiteres Bauland auf dem Petrisberg-Gelände schaffen für überwiegend frei stehende Einfamilienhäuser.

Es sei einmal an der Zeit, den Ortsbeirat über die "Stadtteilorientierte Kriminalprävention" zu informieren und bei der Zusammenarbeit von Ortsbeirat und Kriminalpräventivem Rat (KPR) auf einen Nenner zu kommen, sagte Ortsvorsteher Lübeck zur Einführung auf einen weiteren Tagesordnungspunkt. In seinem Referat ging es Roman Schmitz dann jedoch mehr darum, die Arbeit des Kommunalen Vollzugsdienstes der Stadt vorzustellen. Doch auch dieser Schwerpunkt stieß auf großes Interesse bei den Ortsbeirats-Mitgliedern, insbesondere weil der Leiter der acht Beamte umfassenden Dienststelle die Zuständigkeiten von Polizei, städtischem Ordnungsamt und städtischer Verkehrsbehörde einmal auseinander klabüsterte. Die gewählten Rats-Vertreter sollten sich nicht scheuen, die Dienststelle anzufordern, regte Roman Schmitz an.

Im Anschluss gab Lübeck bekannt, dass ein noch zu gründender Verein Interesse bekundet habe, eine Teilfläche des Bolzplatzes "Am Grüneberg" für Reit- und Voltegiersport zu nutzen. Einwände gegen eine künftige Nutzung wurden nicht erhoben. Allerdings müsse sich der Verein an die von der Stadt aufzustellenden Spielregeln halten, sagte der Ortsbeirat. Dass mit der Nutzung eine Pflege verbunden sei, sei obligatorisch, hieß es aus dem Rat.

© volksfreund.de | Alle Rechte vorbehalten